

Volksblatt



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Geschäftsleitung: Dr. Wierstraube & Bernerredaktionstr. 240/5, 240/7, 240/5. Verändliche Kundenbestellungen mitunter von 12 bis 14 Uhr. — Unverändert eingelebten Abonnenten ist stets das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RT. Aufnahmepreis 2,10 RT. für Wähler möglichenfalls 0,45 RT. Wohnbezugspreis 2,10 RT. durch Wohnort ausgestellt 2,50 RT. bei direkter Einlieferung an den Berlin 2,40 RT. — Einzelpreis 15 Pf. im Umkreis- und 30 Pf. im Restland bei Wierstraube & Bernerredaktionstr. 240/5, 240/7, 240/5. Postfachkonto 2310 Berlin.

Die Notverordnungsgruppe Hitlers will in Notverordnungsjacken marschieren Wie sich Hitler bezahlen läßt Aufhebung des SA.-Verbotes durch Papen-Schleicher für die Hitler-Steuern Gegen den Protest Süddeutschlands / Wir lassen uns nicht terrorisieren!

Schwere Bedenken der Regierung

Der Reichspräsident und das Kabinett der Barone haben das Abschluß des politischen Paktes zwischen Schleicher und Hitler verurteilt. Die sogenannte politische Notverordnung ist am Donnerstag befristet worden, sie tritt am Freitag, dem 17. Juni in Kraft. Das politische Notgesetz, das durch frühere Notverordnungen getroffen worden ist, wird durch diese Notverordnung zusammengefaßt und im wesentlichen auch weiterhin in Kraft bleiben. Die Abschaffung, die überflüssige Befristung des geltenden Notrechts aber sind alles nur Nebenwirkungen technischer Art. Was gegenüber früher geändert worden ist, sind jene Punkte, die

Hitler und Göring bei Herrn von Papen wurde der Befehl erteilt, trotz des stürmischen Protestes der süddeutschen Länder das SA.- und Uniformverbot aufzuheben. Die Festsetzung des Kabinetts von Papen-von Schleicher an einem Pakt mit Hitler ist in den letzten Tagen ganz offensichtlich geworden. Alle jene Verbände, die mit dem Reichsinnenminister Freiherrn v. Engel vor dem Erlaß der politischen Notverordnung verhandelt haben, haben den bestimmten Einbruch gehabt, daß der Reichsinnenminister sich der Geschehen des Experimentes der Befristung der SA. wohl bewußt war, daß er aber in seinen Entscheidungen an politische Vereinbarungen gebunden war.

Schleicher und unglücklicher ist noch niemals eine derart gefährliche Maßnahme begründet worden! Ein Blick auf die letzten Vorgänge in Sessen genügt, um zu zeigen, wie fehlerhaft die Voraussetzungen sind, von denen diese Begründung ausgeht. Dort hat eine Forderung des Demonstrationsverbots dazu geführt, daß der Terror der hitlerischen Bürgerkriegsverbände gegen politische Andersdenkende in körperlicher, brutaler und blutiger Form offen wieder aufsteigt!

Dieser Zwiespalt tritt in der Begründung, die die Reichsregierung der politischen Notverordnung auf den Weg gibt, wie in dem Warnungsgebühren Hindenburg klar zutage. In der Begründung heißt es:

Die Begründung der Reichsregierung, wie das Warnungsgebühren Hindenburg lassen erkennen, daß man sich bei der Gefahr des Experimentes dieses Paktes mit Hitler wohl bewußt ist! Mühe ein Experiment angestellt werden, das so überaus gefährlich ausfallen kann? Unter der Bedingung Erlaßes ist es möglich gewesen, ohne den Befristungsantrag durchzuführen. Aus dem Schreiben des Reichspräsidenten ist ersichtlich, daß für den Fall, daß das Experiment fehlschlägt, der Befristungsantrag erstattet in Aussicht genommen wird. Wenn er nötig wird, so wird es die Folge des Experimentes sein, und die Verantwortung dafür trägt in vollem Umfange das Kabinett Schleicher-Papen!

Vertwarnung — an wen?

Ein Schreiben des Reichspräsidenten
Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Engel folgendes Schreiben geschickt:

„Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Wiederbelebung der hitlerischen Bewegung in die Lage versetzt wird, unabhängige Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierzu genötigt sehen und die Wiederbelebung der sogenannten Parteiformen zusammenfassen zwischen den Verbänden der gemäßigten Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit schärferen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufschreiberecht die Handhabe bietet, gegen die hitlerischen Verbände vorzugehen.“

Die Aufhebung des SA.-Verbotes bedeutet eine ernsthafte Bedrohung der republikanischen Bevölkerung. Sie muß dieser Bedrohung entschlossen ins Auge sehen. Sie wird sich nicht terrorisieren lassen!

Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Engel folgendes Schreiben geschickt:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Dabei überfende ich Ihnen die von mir vorgelegene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mit von der Reichsregierung vorgelegenen weitgehenden Wiederrufen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfügbaren Mitteln zuzugreifen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.“

Die bayerische Regierung teilt amtlich mit:

Das am 10. Juni 1931 erlassene und durch Verordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel in Bayern einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht uniformiert, bleibt durch die Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder

Art sind also noch wie vor im Gebiet des Freistaates Bayern verboten.

Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Versammlungen gegen die Art Artikel 123, Absatz 2, der Verfassungsgesetzlichen Bestimmungen über Art und damit auch Zusammenkünfte gegen das bayerische Aufzugsverbot mit Gefährdung bestraft. Über das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere politische Vorschriften erlassen.

Bayern sichert sich energisch

Der Erlaß gegen die Hitlererei / Preußen und Baden

Wie vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, wird das neue Notverordnung gegen politische Ausschreitungen nicht berührt, da das Demonstrationsverbot in Preußen auf Grund einer Vorrichtung der Reichsverfassung erlassen worden ist.

Art sind also noch wie vor im Gebiet des Freistaates Bayern verboten. Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Versammlungen gegen die Art Artikel 123, Absatz 2, der Verfassungsgesetzlichen Bestimmungen über Art und damit auch Zusammenkünfte gegen das bayerische Aufzugsverbot mit Gefährdung bestraft. Über das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere politische Vorschriften erlassen.

Die Bedeutung dieser politischen Notverordnung geht aus ihrer Vorgeschichte hervor.

Am Anfang der Entwicklung, die zu dieser Notverordnung geführt hat, stand ein Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten. Er war die Einladung zu jenem Pakt, der zwischen dem jetzigen Reichsinnenminister von Schleicher und Hitler geschlossen worden ist. In diesem Pakt ist Hitler die Befristung der SA. zugesagt worden und Hitler hat in allen folgenden Verhandlungen auf seinem Stehen bestanden. Es scheint, daß Herr von Schleicher sich die Entwicklung anders vorgestellt hat und daß ihm die Schwierigkeiten und die Gefahren des Paktes, auf den der Plan bekannt wurde, das SA.-Verbot und das Uniformverbot aufzuheben und die SA. marschieren zu lassen, erst als ein Sturm der Empörung in allen Kreisen, die den politischen Frieden in Deutschland wollen. Die süddeutschen Länderregierungen erheben die schärfsten Vorstellungen gegen diesen Pakt und diese Vorstellungen haben dazu geführt, daß das neue Reichspräsidentenkommando wurde und jünger. In diesem Punkte liegt neuer Druck der Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Organe auf die Regierung Schleicher-Papen ein. Hitler bereit sich auf die Zustimmung der Regierung Schleicher-Papen ein. Die Reichsregierung überlegen, die ihm gegeben worden waren. Die Reichsregierung über die dringende politische Grundfrage ihrer Existenz völlig zu zerfallen. Sie hat den Pakt befristet. Nach einem Besuch

Seine große Programmrede begann

Macdonald

Lausanne eröffnet

Macdonalds Programmrede

Lausanne, 16. Juni. (Eigenbericht.) Am 10. Uhr gestern vormittag fand im wichtig geschmückten Festsaal des Hotels Beau Rivage die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz statt. Macdonalds Programmrede zeigte deutlich, daß sich der Stoff der Beratungen auf Reparationen und Weltwirtschaftsfragen beschränken wird. Sie gab die Bereitschaft der Gläubigerländer zu verstehen, auch unter Preis auf Zahlungen Deutschlands zu verzichten, und stellt als Voraussetzung des Verzichts in allgemeiner Form den Anspruch auf eine politische Ruheperiode auf, die wohl hauptsächlich ein Verzicht Deutschlands darstellen soll, für eine bestimmte Zeit auf jede Revisionspolitik zu verzichten.

Macdonald

mit der Feststellung, die Augen der ganzen Welt seien, wie niemals zuvor, auf diese Konferenz gerichtet, in der Hoffnung auf Verständigungen zur Beendigung der Krise. Man sehe nicht vor einer Weltwirtschaft. Nichts ist feiner als die Welt, nichts geringer als ein System, das rundum zusammenfällt. In dieser Krise seien Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika, England nicht vom Recht der Welt ausgeschlossen. Habe man selber eine Politik verfolgt, welche die einfachsten Wirtschaftsgesetze verletzt habe, so müsse die geübte Bernunft unweigerlich und ohne Zögern zu besseren Wegen führen und zur Verständigung, den Preis zu zahlen, den solche Irrungen gefordert hätten. Ueber eine der Ursachen des Niederganges, die finanzielle Erschöpfung des Krieges, konnte sie Rückmeldung auf die Weltwirtschaft haben, müsse man zu einer Verständigung kommen. Macdonald unterließ die Feststellungen der Baizer und Genfer Sachverständigen-Kommissionen. Die eine rasche Lösung der Reparationsfrage als unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung bezeichnet habe. Es handelt sich nicht nur um ein technisches, sondern um ein Problem weiter Prinzipien. Ein Prinzip dränge sich allen Teilnehmern auf, nämlich, daß Verständigungen nicht einseitig aufgelegt werden könnten. Wenn aber Zahlungsunfähigkeit vermeiden werden sollten, so müsse durch Verständigung festgestellt werden, daß alle Verpflichtungen ausführbar gemacht werden. Bei jeder Verständigung müsse jede Partei den Zahlungen Rechnung tragen. Unter diesen Zahlungen handle es sich nicht um die Feststellung, ob während unrichtige Kosten ausgesetzt hätten, sondern auch, in welchem Maße sie

Sofort zu Beginn der Sitzung sprach Herriot im Namen der einladenden Länder vor, Macdonald zum Präsidenten der Konferenz zu wählen; unter starkem Beifall erfolgte die Wahl einstimmig. In einer Begrüßungsansprache späterer Bundespräsident Wotta-Schweiz die Zeit der Krise. Vom Erfolg der Lausanner Arbeit hänge auch das Schicksal der Abrüstungskonferenz im großen Umfange ab. In den Händen dieser Reparationskonferenz liege die Entscheidung über Wohlstand oder Verelendung. Im Namen der Schweiz und aller Völker bringe er den Delegierten die heißesten Wünsche für einen vollen Erfolg dar. Macdonald sprach seinen Dank an die Schweiz aus für ihre Organisationsarbeit. Dann verließ Wotta als Nichtmitglied der Konferenz den Saal, während alle Delegierten sich erboten.

durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Schwäche zu dem beklagenswerten Zustand der heutigen Welt beigetragen hätten. Die Arbeit der Konferenz müsse auf die Einflüsse umfassen, die an der Zerstückelung aller arbeiten. Europa könne hierin nicht allein handeln und man müsse die Versicherung begrüßen, daß nach Beendigung der jetzigen Phase der Arbeiten die Vereinigten Staaten die Konferenz ermutigt hätten zum Glauben an ihre Mitarbeit an einigen der größten Probleme. Im Bauhaus seien nicht weniger Erfolg möglich sein ohne den Erfolg der Währungskonferenz. Es gelte eine Reihe von überaus tiefen politischen Rube bezuhalten, in der die Wähler nach Ange-

bung ihrer Angelegenheiten nicht mehr durch die Furcht vor Krieg und Kriegsgerichten verwirrt werden könnten. An einem Punkte der Konferenzverhandlungen werde vermutlich diese Frage angepaßt werden müssen. Die Wähler warteten sehr darauf, selbst unter großen Opfern herlich dem Aufste der Konferenz zu folgen. Er habe daher die Konferenz an nichts zu fürchten außer der Schwäche. (Stimmruhr Beifall) Die Konferenz wählte einstimmig Sir Maurice Hankey zu ihrem Generalsekretär. Heute nachmittags wird ein ernster Beratung der beiden einflussreichen Komitees des Arbeitsprogramms für die erste Arbeitssitzung begonnen sein aufstellen.

Handes ins Leben, Sprengkraft, Brummsch, Wühlend mit Hand, von denen die drei letzten den rechten Flügel der Partei vertreten. Dieser hat im vorigen Vorstand nur einen Vertreter.

Brandkatastrophe

In der mecklenburgischen Ortschaft Sillow brach am Donnerstag nachmittags ein Großfeuer aus, durch das 22 Wohn- und Wirtschaftsgebäude eingeschmolzen wurden. Das Feuer entzündet beim Aufbruch der Nacht und dehnte sich infolge des starken Windes mit ungeheurer Schnelligkeit auf 21 weitere Wohn- und Wirtschaftsgebäude aus. Der Schaden ist erheblich. Das Feuer hat viele kostbare persönliche Gegenstände und zahllose Hausmöbel zerstört. Auch sehr viel Vieh kam in den Flammen um. Der Ort ist zum größten Teil ein einziges Trümmerfeld. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unklar.

Nord am Rieker

Der in einem Dorfe bei Geoz (Oesterreich) wohnhafte Hausbesitzer erhielt am Donnerstag aus nicht bestimmten Umständen einen Brief aus Rieker. Der offensichtlich Gefesselter noch auch auf seine Freunde und deren Onkel mehrere Schüsse ab, die die beiden schwer verletzten. Der Polizei gelang es erst nach Ueberwindung erheblichen Widerstandes den Rasenden in Haft zu nehmen.

Keine Haftentlassung im Felsenck-Prozess

Im Berliner Felsenck-Prozess lehnte das Gericht am Donnerstag die von den Verteidigern der nationalsozialistischen und kommunistischen Angeklagten gestellten Haftentlassungsanträge ab. Das Gericht erklärte, daß ihm die Schuldfrage noch nicht genügend geklärt sei, um eine Haftentlassung zu rechtfertigen.

Notverordnung für Hitler von Dapen-Schleicher

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 enthält in ihren fünf Abschnitten folgende Bestimmungen:

Abschnitt I: Versammlungen und Aufzüge

Nach § 1 können öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufgelöst werden, 1. wenn in ihnen zum Ungehörigen gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angezettelt wird; 2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 3. eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 4. zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angezettelt wird.

Nach § 2 ist die Polizeibehörde befugt, in jeder öffentlichen Versammlung Beauftragte zu entsenden. Die Beauftragten müssen sich dem Leiter der Versammlung zu erkennen geben, der ihnen einen angemessenen Platz einräumen muß. Bei Verweigerung der Zulassung des Beauftragten kann die Versammlung aufgelöst werden.

Nach § 3 ist die Polizeibehörde verpflichtet, dem Leiter der Versammlung die Gründe für die Auflösung mitzuteilen, falls dieser das binnen drei Tagen beantragt. Die Auflösung kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angedroht werden.

Nach § 4 kann der Reichsminister des Innern für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile anordnen, daß öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel: 1. der Ortspolizeibehörde vorher anzumelden sind; 2. verboten oder statt dessen unter einer Auflage verboten werden können; 3. aufgelöst werden können, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind, oder wenn von den Angaben der Anmeldung abweichend abgehen, oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird. Zuhilfenahme können mit Gefängnisstrafe und Geldstrafe geahndet werden.

Abschnitt II: Periodische Druckschriften

Der § 5 bestimmt, daß Schriftleiter und Verleger einer periodischen Druckschrift verpflichtet sind, amtliche Rundgebungen und amtliche Entgegnungen (sogenannte Aufgabenschriften) unentgeltlich aufzunehmen. Oberste Landesbehörden können die Aufnahme einer Rundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. (Eine Befristung, die neu ist.) Der Abdruck hat unverzüglich zu erfolgen, eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig. Der Reichsminister des Innern kann über die Art und Weise des Abdrucks Vorschriften erlassen und die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, wenn der Abdruck einen bestimmten Umfang übersteigt.

§ 6 enthält die Neuregelung der Verbotsgründe für periodische Druckschriften. Periodische Druckschriften können hierdurch verboten werden:

1. wenn in ihnen zum Ungehörigen gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung aufgefordert oder angezettelt wird;
 2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;
 3. wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;
 4. wenn in ihnen eine Verächtlichmachung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden;
 5. wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung ihrerseits bestellt worden kann;
 6. wenn den Vorschriften des § 5 (Aufgabenschriften) oder den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwidergehandelt wird.
- Die Verbotsdauer darf bei Tageszeitungen 4 Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht übersteigen. Ein auf Grund des Republikshuldengesetzes erlassenes Verbot umfaßt auch sämtliche Kopialblätter sowie jede Ersatzdruckschrift.

Nach § 7 sind zuständig für den Erlass von Verböten periodischer Druckschriften die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist die Beschwerde an einen Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich der Oberlandesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen oder sie dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorlegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen. Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. Im Streitfällen kann die oberste Landesbehörde, wenn sie einem solchen Erlass nicht entsprechen will, das Reichsgericht anrufen. Erklärt dieses das Verbot für nicht zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Erlass sofort zu entsprechen.

Nach § 8 muß ein Verbot auf Grund dieser Verordnung oder des Republikshuldengesetzes ohne sofortige Kündigungsfrist aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung der Stelle zugeleitet ist, die sie dem Reichsgericht vorzulegen hat.

Abschnitt III: Politische Verbände

1. Politische Verbände, deren Mitglieder in ge-

Zwei Todesurteile im Rauffolstein

Kom. 16. Juni. (Eigenbericht) Das Sondergericht zum Schutz des schlesischen Staates hat am Donnerstag mittags das zweite Todesurteil ausgesprochen, nachdem es um Mitternacht die Anträge des Staatsanwalts in dem ersten Prozeß vollst. befähigt hat. Der Kohlenarbeiter Eberhard wurde auf Grund der letzten Verhandlung seine Mithat nicht geteilt, auf Rauffolstein ein Missetat zu werden. Das Todesurteil, das nach einer Verhandlung von nur 7 Minuten verkündet wurde, nahm er gefaßt an. Er verzögerte sich auch, das von seinem Verteidiger vorbereitete Gnadengesuch zu unterschreiben.

Parteisführung der französischen Sozialisten

Paris, 16. Juni. (Eigenbericht) Die auf dem letzten sozialistischen Parteitag gewählte Verwaltungskommission ist am Mittwochabend zum ersten Male zusammengetreten und hat ihren neuen Vorstand gewählt. Paul Faure wurde zum Generalsekretär und Grandvalet zum Schatzmeister wiedergewählt. Die übrigen Mitglieder des Vor-

Sturm im Preußenlandtag

Annahmestimmung der Nazi-Koalition

Die Abstimmung im Preußenlandtag über den Annahmestimmung der Nationalsozialisten nahm einen großen Aufschwung, weil die auf diesen Entwurf eingetragene Mehrheit ihr eigenes Gesetz zu Fall brachte.

Die Sozialdemokratie hatte nämlich einen Gegenentwurf als Antrag eingebracht, der Straffreiheit für die sogenannten Notdelikte (Verbrechen aus Not) und für die Personen forderte, die zur Verhinderung der Republik Straftaten begangen haben. In der Einleitung dieses Antrages hieß es ausdrücklich, daß der ursprüngliche Gegenentwurf die Fassung des Antrages erhalten, daß also an Stelle des Gegenentwurfes der Nationalsozialisten der ursprüngliche Gegenentwurf der Sozialdemokratie in die Abstimmung komme in Uebereinstimmung mit einem vorher verabschiedeten Abstimmungsplan über die bevorstehende Präsidentenwahl und jüdischen Verdrängungsantrag der Sozialdemokratie abstimmen. Der erste Teil des Antrages, die Notdelikte wurde dabei mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums angenommen. Der zweite Teil, betreffend die politische Amnestie für die Schuldigen der Republik, wurde abgelehnt, da die Kommunisten zusammen mit der Rechten dagegen stimmten.

Obwohl wurden angenommen die Bestimmungen über den Tagesverlauf, die Einleitung und die Verhandlung. Der Reichspräsident Hindenburg erklärte mündlich, daß durch die Annahme dieses Antrages die Abstimmung über den Annahmestimmung, den der Rechtsausschuß beschlossen hatte, hinfällig geworden sei. In der dritten Lesung wurde der sozialdemokratische Antrag in der Form, die er in der zweiten Lesung

erhalten hat, also nur Notdelikte, keine politische Amnestie, mit der gleichen Mehrheit wie vorher angenommen, und zwar zunächst in der Einzelabstimmung über die Paragraphen, dann auch in der Schlussabstimmung.

Erst als man der Präsident zum nächsten Punkt der Tagesordnung überging, erhob sich auf den Bänken der Rechten und der äußersten Linken allgemeines Raunen, man merkte jetzt erst, was geschehen war. Es entspann sich eine Geschäftssprache, die in der zunächst am nationalsozialistischen und kommunistischen Seite verlangt wurde, daß über den Antrag des Rechtsausschusses abgetimmte werde.

Die radikalen Parteien sahen wie die besorgenen Fabel und suchten vergeblich ihre Blamage hinter Drohungen und Schimpfereien zu verbergen. Schließlich verlangten sie Unterbrechung und Zusammenberufung des Reichstages, was einstimmig zum Heute beschlossen wurde.

Die Verhandlungspause bedeutete sich über 14 Stunden aus. Nach Wiederberufung der Sitzung erwiderte sich sofort wieder eine heftige Geschäftssprache.

Präsident Kuntz stellt fest, daß nach dem Befehl des Reichspräsidenten eine Wiederholung der Abstimmung nicht möglich sei, wenn aus dem Hause wiederproben werde. Er fragt deshalb, ob Wiederproben erfolge.

Die Sozialdemokraten widersprechen der Wiederholung der Abstimmung. Nationalsozialisten und Kommunisten antworten mit anhaltenden Pfui- und Niederrufen.

Eine Entschädigung kann am späten Donnerstagabend über die von den Nazis geforderte Amnestie noch nicht gefaßt, da gegen alle Anträge Einspruch erhoben wurde.

schlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, sind auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet, ihm ihre Schungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen und daran jede Änderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält.

2. Ob ein Verband diesen Vorschriften unterliegt, entscheidet endgültig der Reichsminister des Innern.

§ 10.

1. Verbände, die einer Verpflichtung aus § 9 nicht nachkommen, können von Reichsminister des Innern aufgelöst werden. Der Reichsminister des Innern kann dabei Bestimmungen über die Sicherstellung von Gegenständen treffen, die sich zur Zeit der Auflösung im Besitz des aufgelösten Verbandes oder eines seiner Mitglieder befinden und den Zwecken des Verbandes dienen haben und zu denen bestimmt werden sind.
2. Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung an die Beschwerde zulässig, die beim Reichsminister des Innern einzureichen ist; sie hat eine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet der nach § 7 dieser Verordnung zuständige Senat des Reichsgerichts.

Abschnitt IV: Strafbestimmungen

Der Abschnitt IV enthält in den §§ 11 bis 18 die Strafbestimmungen für eine Reihe von Verbrechen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

§ 11 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird, wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufzufordern anreizt, es sei denn, daß die Tat nach anderen Vorschriften bereits mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 12 bestimmt, daß auf Gefängnis nicht unter einem Monat, im Falle der gefährlichen Körperverletzung jedoch auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu erkennen ist, wenn eine vorläufige Körperverletzung aus politischen Beweggründen begangen ist. Mildere Umstände dürfen in diesem Falle nicht zugunsten kommen.

§ 13 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft wird, wer eine Schußwaffe unbesugt führt oder eine Gewalttat mit ihr begeht oder anbringt.

§ 14 bestimmt, daß mit Gefängnis bestraft wird, wer einem auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Versammlungs- oder Aufzugsverbots zuwiderhandelt, oder wer sich an einem Verband beteiligt, der auf Grund des § 10 aufgelöst worden ist.

§ 15 bestimmt, daß mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft wird, wer als Beauftragter einer Versammlung dem Beauftragten der Polizei die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert, oder wer sich nach Erklärung der Auflösung nicht sofort entfernt.

§ 16 bestimmt, daß die Herausgabe der Verlag, der Druck und die Verbreitung einer periodischen Druckschrift verboten worden ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist. Außerdem kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 17 gestattet es der Polizei, Personen in polizeiliche Haft zu nehmen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbart durch unbefugtes Führen einer Waffe begründet wird. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit können solche Personen solange festgehalten werden, als dies die öffentliche Sicherheit erfordert. Die Polizeigewalt ist aber aufzuheben, wenn die gerichtliche Untersuchungspflicht erloschen ist oder wenn die Haftzeit der Inhaftnahme vergangen sind. Gegen die polizeiliche Haft ist die Beschwerde im Dienstamt zulässig. Beirreitet der Verhaftete die Tat, so hat der Amtsrichter des Bezirks eine Entscheidung zu treffen.

§ 18 legt fest, daß das Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung auch dann zulässig ist, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Verhaftung dem Gericht vorgeführt wird.

Abschnitt V: Uebereitungs- und Schlussvorschriften

§ 19 bestimmt hier, daß die Durchführungsvorschriften für diese Verordnung vom Reichsminister des Innern erlassen werden. Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, vom Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesbeamte handelt, vom Landesregierungen bestimmt.

§ 20 bestimmt, daß die Verordnung mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft tritt. Sie tritt an Stelle der bisherigen Bestimmungen, die in diesen Fragen erlassen wurden, die also vom Freitag ab außer Kraft gesetzt sind. Es sind dies die Bestimmungen vom 28. 3. 31; vom 17. 3. 31; §§ 2, 5 und 7 des Nebenrechts vom 6. 10. 31; das Kapitel 2 des achten Teils der Verordnung vom 8. 12. 31 (Uniformverbot) des Artikels II der Verordnung vom 17. 3. 32; der Verordnung vom 13. 1932 (Eck- und Eckverbot); Rotverordnung vom 3. Mai 1932.

Nach § 21 treten Verbote periodischer Druckschriften, die auf Grund einer der Vorschriften gemäß § 20 erlassen worden waren, mit dem Inkrafttreten der Verordnung außer Kraft.

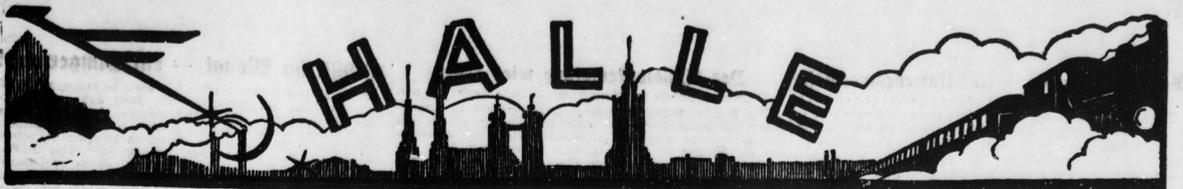
§ 22 ordnet an, daß nach der Verkündung des Strafgesetzbuches die milderen Strafen zur Anwendung zu bringen sind.

Nach § 23 dürfen Strafen nicht mehr vollstreckt werden, wenn jemand wegen einer Tat verurteilt worden ist, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar ist.

Nach § 24 werden von Gesamtstrafen straffrei geordnete Teilstrafen in Wegzug gebracht.

Nach § 25 können bestimmte Strafmitteilungen eintreten.

Nach § 26 sind Vermerke über Strafen, die nach der neuen Strafprozeßordnung nicht mehr strafbar sind, auf Antrag des Beurteilten im Strafregister zu tilgen.



Der Wille zum Sozialismus

Das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Masse.

Die holländische Gruppe der Sozialistischen Studenten veranstaltete Mittwochabend im Gemeindefestsaal einen Ausdrucksabend über das Thema „Der Wille zum Sozialismus“, zu dem Regierungspräsident Wessloffe v. Darnad das Referat übernommen hatte. Es berührte recht wohlwollend, gerade jetzt vor einem entscheidungsvollen Wahlkampf ein einmal Erörterungen über grundsätzliche Fragen unserer Bewegung zu hören, die neben der Tagespolitik nicht verfallen werden dürfen. Der äußere Erfolg des Abends war gut; der Inhaltlichste. Das die Erwartungen, die man an die Betanstellung allgemein knüpfte, erfüllt wurden, darüber kann kein Zweifel sein. Ein schöner Erfolg für die sozialistischen Studenten!

Nach grundsätzlichen Ausführungen über die Wichtigkeit des Zusammengehens v. Darnad auf die Entwicklung der marxistischen Arbeiterbewegung in Deutschland ein. Die ursprüngliche Ansicht war, daß unser großes Wirtschaftsjahr schon in der allerersten Zukunft zu erreichen sei. Das hat zweifellos nicht nur angehen, sondern auch wieder, wenn die Entlohnung nicht den vorgezeichneten Gang nahm, teilweise schmerzhaft. Wenn die Sozialdemokratische Partei die Entlohnungen, die sich aus dem Verlauf der Staatsumwälzung ergeben, die gut überwinden konnte, so deshalb hauptsächlich, weil sie sich in der Sozialpolitik erfolgreich betätigen konnte.

In jeder großen Bewegung gibt es zwei Richtungen: eine radikale, die „aus Gewalt“ gehen will, und eine andere, die zur Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen und zu Kompromissen bereit ist. Die Wichtigkeit der Tagesarbeit darf nicht übersehen, aber darüber darf die Politik der Partei nicht opportunistisch werden, das große Richtbild darf niemals aus den Augen verloren werden. Die Anschauung, daß die Entwicklung selbstständig für den Sozialismus arbeitet, ist heute überkommen; unsere Mitwirkung ist notwendig, und daher ist auch die Führerfrage sehr wichtig. Die Sozialisten reden oft und gern von dem „schönen Willen“ ihrer Anhänger und haben doch das größte Interesse daran, daß die Geschritten ihnen gegenüber willenslos bleiben. Der Politiker wird sich wenig darum kümmern, aus welchen verschwiegenen Erwägungen heraus seine Wähler ihm folgen, aber wir müssen uns, wenn wir Politik auf lange Sicht treiben wollen, darum kümmern. Die Erzeugung echter Willenskräfte ist eine der Grundbedingungen der sozialistischen Bewegung. Die politischen Entscheidungen werden oftmals von den Führern der Bewegung allein getroffen werden müssen, und da ist die Schaffung und Festigung eines Vertrauensverhältnisses mit den Massen die meiste wichtige Voraussetzung. Dieses feste Band des Vertrauens ist auch notwendig, da heute noch der Überzeugung der Massen auf sozialwissenschaftlichen Wege Grenzen gesetzt sind. Es war für die Partei eine Notwendigkeit, sich ein festes Parteigebäude für den Kampf zu errichten; dadurch kann aber auch eine eventuell notwendig werdende Umstellung im Kampf verlangsamt werden.

Nach Betrachtungen über die Wichtigkeit einer festen organisatorischen Fundierung der Bewegung schloß Genosse Darnad seinen Vortrag mit merkwürdigen Worten für das Erhalten der sozialistischen Studentenenschaft und gab der Festung Ausdruck, daß die Anwesenden mitstimmten gegen das Ziel des Sozialismus.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Fragen angeschnitten, so, inwieweit die letzten Jahre uns ökonomisch vorangebracht haben und die pädagogische Frage im Rahmen der Bewegung. Ein Verammlungsteilnehmer zweifelte an, ob die sozialistische Zielsetzung der SPD. heute noch zu beizubehalten sei und wollte die Arbeit allein auf das Gebiet der sozialen Reform gelegt wissen.

In seinem Schlußwort betonte sich Genosse Darnad auch mit der Zeit der Partei. Heute ist eines jener offener: daß wir von gemäßigten Gegnern bedröht sind, die um Angriff vorgehen, von der Nationalsozialistischen Partei und der Reaktion. Um die Angriffe dieser Gegner abzuwehren, haben wir die Regierung ermahnt. Im Gegensatz zu dem letzten Diskussionsredner brachte Genosse Darnad zum Ausdruck, daß er an den menschlichen Fortschritt glaube.

Elternversammlung heute abend

Verständlicherweise erfolgte für Donnerstag statt für Freitag Einladung zu einer öffentlichen Elternversammlung des Kulturfortschritts. Es wird gebeten, sich heute 20 Uhr, nochmals im Volkspark einzufinden. Alle Eltern, deren Kinder die konfessionelle Volksschule besuchen, oder höhere Schulen besuchen, werden erbetet, besonders notwendig ist das Erscheinen der Kandidaten auf den Listen „Schulreform“.

Der Betrieb der Schnellstraßenhalle - Merseburg - Bernau wird vom 20. Juni an wieder aufgenommen.

Die doppelte Moral der Nazis

Sie schimpfen auf Warenhäuser - Doch ihre Schmiergelder nehmen sie gern

Das holländische Naziblätchen zeigt sich in seiner gestrigen Ausgabe wieder einmal sehr über die „jüdischen Volkshändler“ in Halle auf und bietet sich dadurch, daß es mit viel Worten einen Scheinkampf gegen die Warenhäuser führt, beim Einzelhandel und beim Gewerbe in idelster Weise an. Leider fallen die kleinen Geschäftsleute, die heute bitter unter der Krone zu leiden haben, auf diese Schenkelherren herein. Denn was bekämpfen die Nationalsozialisten in den Warenhäusern? Sie bekämpfen in ihnen nur eine Erscheinungsform der kapitalistischen Wirtschaft, während sie diese kapitalistische Wirtschaft selbst befürworten, ja sich von den Führern dieser Wirtschaft als Kampfmittel gegen die wirklichen Feinde des Kapitalismus, gegen die Gewerkschaften und gegen die moderne Arbeiterbewegung überhaupt gebrauchen lassen.

Man kann aber nie ein Uebel befechten, wenn man es nicht mit seiner Wurzel beseitigt.

Man wird den Kapitalismus, die Häufung großen Kapitals in wenige Hände, nie beseitigen, wenn man die Kräfte, die diese Häufung verursachen, nicht ausschaltet: die Profitgier. Und weil die Nationalsozialisten die kapitalistische Wirtschaft im Grunde befechten und sie zu vertreiben suchen, muß ihr Kampf gegen die Erscheinungsformen dieses Systems nur ein Scheinkampf sein.

Leider sehen es die Einzelhändler und das Gewerbe immer noch nicht ein, daß ihr Weg im Kampf gegen den in der ersten Nationalsozialismus an der Seite der sozialistischen Arbeiterbewegung ist. Ideologische Resentiments hindern sie daran, und so geraten sie in ihrer Unentschlossenheit zwischen die „Mühlsteine der Zeit“, zwischen die beiden großen bewegenden Kräfte der Zeit, nämlich Kapital und Arbeit. Es scheint ihr Schicksal zu sein, in diesem Auseinanderkämpfungskampf gerathen zu werden.

Dieser Scheinkampf, den die Nazis gegen einzelne Erscheinungsformen des Kapitalismus führen, äußert sich aber auch noch ganz einfach und anders. Während die Führer der Nazis den Massen für „Deutsche, kauft deutsche Waren!“ und „Kauft nicht in Warenhäusern!“ entgegenrufen, handeln sie selbst durchaus nicht nach diesem Grundsatz. Der Fall v. Albenstieben hat das deutlich gezeigt.

Herr v. Albenstieben, Reichsleiter der Nationalsozialisten in Eisenbach, ist entgegen den Grundregeln seiner Partei eifriger Kunde eines holländischen Großkaufhauses gewesen, bis man ihn aufforderte, die dort gemachten Schulden zu zahlen.

Diesem Beispiel ließen sich noch zahlreiche andere anfügen. Die gestrigen Auslassungen des Naziblätchens „Vor weiterer Verbreitung des holländischen Einzelhandels“ geben diesem Scheinkampf eine neue interessante Nuance. Nachdem sich der Naziführerling in dem Artikel über das in der Wirtschaft im Entschieden begriffene Wohlwert-Einzelhandelsgeschäft geäußert aufgesetzt hat, erzählt er seinen schuldigen Lesern, daß auch die amerikanische Woolworth-Gesellschaft — ebenfalls ein jüdisches Unternehmen — „jeden einen Sachverhalt abgeschlossen hat und ihr Betätigungsfeld in die Leipziger Straße verlegen wird“. Wichtigsten Ausschluß und besonderen Hinweis auch auf dieses Unternehmen werden wir zu gegebener Zeit an dieser Stelle vornehmen, so heißt es da zum Schluß etwas kleinlaut.

Diese kleinlaut Sprache hat seinen besonderen Grund. Und wir werden uns nicht wundern, wenn man sich „zu gegebener Zeit“ um dieses Unternehmen im Naziblätchen herzlich wenig kümmern wird. Warum? Die Erklärung ist ziemlich einfach und bekannt: der „Kampf“ der Nazis gegen „das jüdische Warenhaus“ sehr treffend.

Vor einiger Zeit wurde nämlich gegen den SA-Führer Ballhöfer in Erfurt ein Ermittlungsverfahren wegen Unterschlagung von Parteigeldern eröffnet, und dabei stellte sich heraus, daß

die unterschlagenen Parteigelder zu einem guten Teil Inventionen eben dieses großen jüdisch-amerikanischen Warenhauskonzerns Woolworth waren,

gegen das der „Kampf“ hier diese lose Kriegserklärung losläßt. Natürlich wurde der betreffende „W.“ sofort aus der Partei ausgeschlossen und die Sache so dargestellt, als ob die Inventionen der Warenhauskonzern ohne Wissen der Parteiführer gegeben worden seien. Diese Erklärung verhängt aber nicht bei einer Partei deren Führer kategorisch erklärt, daß nichts in seiner Partei geschehe, von dem er keine Ahnung hätte. Der Warenhauskonzern seinerseits entschuldigte sich damit, er habe

geglaubt, es handelte sich um eine Winterhilfe-Aktion. Es ist sicher seine Keuschheit, daß die Nazis von Kapitalisten Gelder empfangen. Herr Dittler hat sich ja erst vor einigen Tagen beim Abel-Prosej um eine klare Verantwortung dieser Frage berumgedrückt. Dieser Erfurter Fall in Verbindung mit dem Kampfgeldreife des holländischen Naziblätchens gegen die Warenhäuser lennen aber die Doppelheit dieser Partei deutlich genug. Der Einzelhandel und das Gewerbe hatten das endlich eingesehen.

Warum marschieren die SA nicht?

In der Mittwoch-Nummer des „Kampf“ befand sich an der Spitze des letzten Teils ein Aufsatz: „SA-Marschieren! Zornod, jetzt die ganze Nazi-Armee aus Halle am Mittwochabend raus — wenn das SA-Berbot an diesem Tage noch nicht aufgehoben sein sollte — am Donnerstagabend am Dessauer Platz antreten, um dann ihren Siegesmarsch durch Halle zu machen. Aber vergebens schaute man gefahren abends aus, um etwas von der Dittler-Armee zu sehen, trotzdem die Parole im „Kampf“ nicht zurückgezogen war. Es müßte also etwas nicht gefehlt haben.

Warum ist man nicht marschiert? Sind etwa die Uniformen nicht fertig geworden? Hat man aus England noch nicht die dazu nötigen Stoffe geliefert (Deutsche, kauft deutsche Ware!) oder haben die jüdischen Konfektionsfirmen noch nicht geliefert (Kauft nicht bei Juden) oder hat die preussische Regierung (Mit deren Macht soll es doch vorbei sein) etwa der Sache einen Riegel vorgeschoben? Aber wie kann man nur so neugierig sein?

Goethe als Journalist

Sage mir, warum mich keine Zeitung erfährt? Ich liebe sie nicht, sie dienen der Zeit! Goethe.

Kann ein Mensch, der ein so faires Urteil über das Zeitungsweesen aufsteht, jemals ein richtiger Journalist gewesen sein? Herr Dr. Friedbant beantwortete diese Frage gestern in einem vom Zeitungsstellenamtlichen Institut veranstalteten Vortrag mit einem klaren Nein. Und das scheint richtig zu sein. Denn hinter der Meinung Goethes über die Zeitungen wird uns Goethes Wesen sichtbar — und dieses war nie dem Tage verpflichtet, war nie den Erscheinungen des Tages hingebend, es war stets auf das Ewigte gerichtet, es war stets auf der Suche nach den hintergründigen des Daseins. Das heißt nicht, daß sich Goethe nie journalistisch betätigt habe. Er hat es sogar ausgiebig getan. Schon in ganz jungen Jahren ist er als Redakteur am „Frankfurter Geschlechtsanzeiger“ Johann Heinrich Mercks außerordentlich gefürchtet. In Weimar wird er dann als Mitberatergeber dem „Allerheiligenboten der „Horen“, „Kennen“ und „Prophezen“ bekannt und noch im hohen Alter legt er sich lebhaft für die „Zeitfragen“, „Kunst und Altertum“ ein. Goethes Schaffen an diesen Zeitchriften war jedoch — und das erhebt auch aus dem Mißerfolg, den er mit vielen erlebte —, stets auf die hintergründige Lage, die großen Zusammenhänge, das Ewigte gerichtet. Er war kein Tagesjournalist, er war kein Journalist.

Streifenpernung. Die Kronprinzessintage zwischen Kaiserstraße und Schopenhauerstraße wird vom 20. Juni an auf ungefähr zehn Tage für den Reit- und Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird umgeleitet.

SWD, Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbezirksversammlungen statt:

- 1. Ortsbezirk: Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Neudöber“ Erzbau.
- 5. Ortsbezirk: Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gemeindefestsaal.
- 8. Ortsbezirk: Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Döllner, Landsberger Straße.
- 12. Ortsbezirk: Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Haus der Eisenbahner, Zanderstraße 10.
- 13. Ortsbezirk: Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Winkel“, am Wasserturn Süd. Landtagsabgeordneter Genosse Dreißer spricht über die politische Lage. Alle Mitglieder mit ihren Frauen wollen zu dieser Versammlung erscheinen, da auch noch andere wichtige Fragen zu erörtern sind.
- 4. Ortsbezirk: Montag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Max Kloppe, Hardenbergstraße.

Alle Genossinnen und Genossen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.

Für die Reise — Besonders billige Preise!

Damenkleidung, Regen- und Sport-Mäntel, Blusen, Badeanzüge und Wäsche, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Damen- u. Kinderhüte, Mäddchen- und Knabenkleidung, Reisedecken, Koffer, Damen-, Herren- und Kinder-Polohemden

HALLE
8 CO-AG-HALLE % GROSSE STEINSTR 86/87-MARKT 21

Betriebsstilllegung — eine Unternehmerrisiko

Bei der Fallischen Sädereimaschinen-Fabrik (Säbama) ...

Der Rundfunkvertrag wie's lief

Die Nachrichtenstelle des Landesdirektion Halle (Saale) ...

30 Mrk. im Monat — ein Hungerlohn!

Ebenfalls wandte man darüber, kein Wort zu verlieren, daß 30 ...

Geldföhnd und Inventuraufnahme

In einer Tagungsbesprechung bei der Industrie- und Handelskammer ...

Zwei Kinder vom Auto überfahren

Ein siebenjähriger Junge und seine dreijährige Schwester überquerten ...

Ein altes Fräulein

Schwere Strafe für Prüßler und Prüßler.

Die Mitteldeutsche Landesbank

Die Geschäftsentwicklung der Mitteldeutschen Landesbank ...

Der Indes steigt mit der Temperatur

Das Fest für den neuen Soziallaben der Baron-Regierung.

Der Indes steigt mit der Temperatur

Das Fest für den neuen Soziallaben der Baron-Regierung.

Die Mitteldeutsche Landesbank

Die Geschäftsentwicklung der Mitteldeutschen Landesbank ...

Der Indes steigt mit der Temperatur

Das Fest für den neuen Soziallaben der Baron-Regierung.

Zugung der „Weißener Zuckerkasse“

In der Zeit vom 5. bis 8. Juni fand in Doranitz die 21. ...

Ein altes Fräulein

Schwere Strafe für Prüßler und Prüßler.

Die Mitteldeutsche Landesbank

Die Geschäftsentwicklung der Mitteldeutschen Landesbank ...

Der Indes steigt mit der Temperatur

Das Fest für den neuen Soziallaben der Baron-Regierung.

Redaktion: Sämtlich, Fahrrad-Verkaufsstelle. Spezialität: Beteiligungen. — Spezialgeschäft Gummidiener, Halle (Saale), Gr. Steinstr. und Brüderstr. (Nähe Markt).

Schicksal hinter Schreibmaschine
Roman von Christa Anta Brück
Copyright 1930 by Sibira-Verlag, Leipzig.

von den Kaufungen da ist, um zum Roger zu fahren. Es ist noch ...

Bruder. Der Bruder geht als erster hinaus. Sein Braut ...

Wir schüren das Feuer!

Ein Durchschnitt aus dem Jahrbuch 1931 der deutschen Sozialdemokratie

Je höher uns umrauscht die Zeit,
je mehr mit der Begeisterung Glat
dem heiligen Kampfe wie uns weihen!

Wo gibt es noch eine Bewegung, wo eine Partei, die ein Jahr um das andere vor der Öffentlichkeit über ihre Arbeit, ihr Organisationsleben, ihre finanziellen Verhältnisse Rechenschaft ablegt? Wir hören zwar oft genug von den Kommunisten, von den Nationalsozialisten, wie gewaltig der Zulauf zu ihrer Partei sei. Aber noch niemals hat man es dort mit Zahlen zu belegen versucht, mit genauen Abrechnungen über Mitgliedsbeiträge und Verwendung der eingebrachten Gelder, wie es bei der Sozialdemokratie selbstverständliche Übung ist. Und man kann daraus den einzig richtigen Schluss ziehen, daß es mit den Mitgliederzahlen in den sich „rabiat“ nennenden Parteien so ist, wie mit dem Flugand in der Wüste: Der Wind treibt ihn hoch, der Wind jagt ihn wieder auseinander.

Fest steht der Fels im Sturm!

Erinnern wir uns: Das Jahr 1931 war das Jahr der Wirtschaftskrisen, der Banken- und Kreditkrisen, der 6 Millionen Arbeitslosen, des Rückgangs der Röhre und Gehälter, der NotverordnungsPolitik. Die Arbeiterklasse ist in die Abwehrstellung gedrängt worden. Die vom Großkapital und vom Großgrundbesitz ausgehenden Nationalsozialisten verfuhrten mit ungeheurem Aufwand an agitatorischen Mitteln einen Einbruch in die marxistische Front. Von der anderen Seite richteten die Kommunisten ihren „Hauptstoß“ gegen die Sozialdemokratie. Zu alledem kamen die Spaltungsbestrebungen der Gruppe um Seydewitz-Rosenfeld. Nichts davon hat vermocht, die sozialdemokratische Organisation merkbar zu beeinflussen. Und der Parteivorstand kann im Jahrbuch berichten: „Es haben im Gegenteil all die Schwierigkeiten dazu beigetragen, unsere Genossinnen und Genossen zur höchsten Kraftentfaltung anzuspornen, um der deutschen Arbeiterklasse die wirkungsvolle politische Waffe, die sie in der sozialdemokratischen Partei besitzt, in vollster Aktionsfähigkeit zu erhalten. Mehr als eine Million zahlender Mitglieder leben in unseren Organisationen bereit, für Demokratie und Sozialismus zu kämpfen! Mit stolzer Freude machen wir diese Feststellung.“

Vor siebzig Jahren hat Ferdinand Lassalle den Arbeitern zugerufen, daß sie der Fels seien, der den Bau der neuen Gesellschaftsordnung tragen sollte. Damals waren es wenige, die diesen Satz begriffen hatten. Heute ist es ein. Million, die unerschütterlich von allen Höhen der Gegenwart an der Lösung der Aufgaben arbeiten, die dem Proletariat gestellt sind. Vom jüngsten bis zum ältesten Parteimitglied, vom einfachen unelitären Parteigenossen bis zum höchstgestellten Funktionär wissen sie alle, daß die Organisation, die Partei erhalten und ausgebaut werden muß, daß keine Arbeit zu mühsam, kein Opfer zu groß sein kann, um der Partei und damit der ganzen Arbeiterklasse zu dienen.

Zahlen, die eine Macht bedeuten

Am der Spitze der 33 Bezirke der Partei steht Berlin mit 81 153 Mitgliedern, ihm folgt Hamburg mit 74 341, Dresden mit 54 631, Schleswig-Holstein mit 54 273, Franken mit 51 650, Wagnburg mit 50 641, Hannover mit 47 931, Leipzig mit 44 447, Thüringen mit 42 552 Mitgliedern. Die Zahl der Ortsvereine ist insgesamt von 9844 auf 9864 gestiegen. Die Zahl an geleisteten Wochenbeiträgen war in den industriellen Bezirken am höchsten, sie ging in den Gegenden zurück, die am meisten unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Den Hauptanteil an den Ausgaben der Partei nimmt, wie es bei einer Propagandaorganisation selbstverständlich ist, die Aufklärungs- und Werbearbeit in Anspruch. Der Werbungsapparat in der Sozialdemokratischen Partei ist auf das Notwendigste beschränkt. Die Hauptarbeit wird bei uns ehrenamtlich geleistet. Und wenn bei Flugblätterverbreitungen, bei der Werbung für unsere Ideen in Stadt und Land Hunderttausende von Parteigenossen unterwegs sind, so drückt sich hierin ein Maß von Arbeit aus, das bahnmäßig nicht zu erfassen ist.

Wir werben! Wir werben!

Das vergangene Jahr hat keine allgemeinen Wahlen mit großen Materialanforderungen gebracht. Trotzdem hat die dem Partei-



Kursus der Arbeiterwohlfahrt für erwerbslose junge Mädchen

vorhanden angelegte Werbebestellung die Herausgabe von Werbeschriften noch wesentlich gesteigert. Es sind Broschüren, Flugblätter, Plakate, Referenzmaterialien und sonstiges Werbematerial in Aufträgen von vielen Millionen herausgegeben worden. Die Hauptlast der Werbung dürfte aber noch wie vor auf den Bezirken ruhen, die neben dem genant gelieferten Material noch ein vielfaches an aufzubereitenden Werbeschriften und Flugblättern herausgegeben haben. Dazu kommt dann noch der Vertrieb von Schriften, die von der Werbeabteilung in der Regel zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Auch hier konnten Mengenauflagen erzielt werden. So wurde die Schrift „Das Banana der Reduktion“ in 400 000 Exemplaren verbreitet, die Schriften „Kapitalistische Wirtschaftsarchitektur und Arbeitertafel“, „Wer verteuert Dir das Leben?“

gend mußte auch vor der hemmungslosen Demagogie der Nationalsozialisten und der Kommunisten geschützt werden. Die Spaltung der Partei hat auch die Arbeiterjugend in Mitleidenschaft gezogen, und wenn es bei alledem gelungen ist, den alten Stand zu erhalten, so ist das als ein guter Erfolg zu bezeichnen.

Außerordentlich erfolgreich war die Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Rinderfräule, bei der die Zahl der Ortsgruppen um 126 auf 914 gestiegen ist. Die Rinderfräule und Fräule, die von den Helfern und Mitarbeiterinnen betreut werden, sind die Jungfrau unserer Jugend, ihnen ist die sozialistische Lebensgemeinschaft nicht mehr ein Ziel, sie verwirklichen es bereits in ihren Spielen, Bewegungen, vor allem in den Festlagern. Ein außerordentliches Maß von Idealismus steckt in der Arbeit der Helferfräule. „Der größte



Antikriegskundgebung in Neukölln für eine deutsch-französische Verständigung
Die Fahnen-Abordnungen im Stadion

und „Was geht mich der Kommunismus an?“ in je über 200 000 Exemplaren. Auch der Zentralparteitag 3. 5. 31. Dieß hat eine große Anzahl politischer Aufklärungschriften veröffentlicht, die trotz verbesserter Ausstattung zu billigen Preisen verkauft wurden und guten Absatz fanden.

Aus der Arbeit der Frauen

Die Zahl der weiblichen Mitglieder konnte trotz der Wirtschaftskrisis noch um rund 2000 erhöht werden, am Jahresabschluss wurden 290 331 Parteigenossinnen gezählt. Die weiblichen Mitglieder beteiligten sich eifrig an der eigentlichen Arbeit der Partei. Größere Aufmerksamkeit wird aber auch von den besonderen Bedürfnissen der Frauen gewidmet. Die Schulungsarbeit der sozialistischen Frauenbewegung war darauf gerichtet, die Frauen mit Partei- und wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen und ihnen eine feste sozialistische Denkgrundlage zu geben. Zur besseren Führung und Anregung wurde ein loser Arbeitskreis gebildet, dem Vertreterinnen der Massenorganisationen der Arbeiterfräule angehören. In den Bezirken, auf dem Lande und unter den Hausfrauen wurde eine systematische Arbeit der Werbung und Schulung betrieben.

In der Arbeiterwohlfahrt haben die Frauen den Hauptanteil der Arbeit auf sich genommen. Die Zahl der Ortsausschüsse konnte hier von 2300 auf 2550 erhöht werden. Außerdem sind in Tausenden von Orten Vertrauenspersonen im Sinne der Arbeiterwohlfahrt tätig. Insgesamt stieg ihre Zahl von 114 000 auf 135 000. Die Arbeiterwohlfahrt ist vor allem in der sozialen Fürsorge tätig. Zu den zahlreichen Zweigen dieser Arbeit kam im vergangenen Winter noch die Durchführung der „Solidaritätshilfe“ und die Beteiligung an den Maßnahmen der allgemeinen Winterhilfe.

Unsere Jugend, unsere Zukunft!

Am härtesten wird von der Wirtschaftskrisis die heranwachsende Generation erfaßt. Die Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterjugend, so lesen wir im „Jahrbuch“, „die zum Teil im Alter zwischen 18 und 22 Jahren stehen, sind zum größten Teil nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen worden und viele von ihnen erleben jetzt den zweiten und dritten Winter der Arbeitslosigkeit.“ Welche Fülle von Elend, Hoffnungslosigkeit und geistiger Not verbirgt sich hinter diesen wenigen Worten! Denn wie den Funktionären, so geht es im allgemeinen der arbeitenden Jugend. Um so umfangreicher mußte denn auch die Arbeit unserer Jugendorganisation sein. Es geht nicht nur die Bewegung zu erhalten und auszubauen, die Ju-

gend mußte auch vor der hemmungslosen Demagogie der Nationalsozialisten und der Kommunisten geschützt werden. Die Spaltung der Partei hat auch die Arbeiterjugend in Mitleidenschaft gezogen, und wenn es bei alledem gelungen ist, den alten Stand zu erhalten, so ist das als ein guter Erfolg zu bezeichnen.

Der Feind, den wir am tiefsten hassen

Außerordentlich vielfältig ist die Berichterstattung des Jahrbuchs über die Arbeit der Partei. In den Fraktionen des Reichstages, der Landtage und der Gemeinden sind Tausende von Arbeitervertretern unermüdet tätig, das Beste für das Proletariat herauszuholen. Die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Organisationen wollen im täglichen Kampfe die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern und sie gegen alle Angriffe schützen.

Die wichtigste Arbeit der Partei ist, die Arbeiter zu Klassenkämpfern zu erziehen und Aufklärung in jene Teile der arbeitenden Klasse zu tragen, die unserer großen Bewegung noch fernstehen oder die ihr durch die Not unserer Zeit untreu geworden sind.

Die Sozialdemokratische Partei steht mitten im Leben, auch sie kann sich den Folgen der Wirtschaftskrisis nicht entziehen. Aber jede Seite des Jahrbuchs legt uns, daß die Partei im Kampfe gegen die Reaktion auf der Wacht steht.

Die nächste Etappe in diesem Kampfe ist der
31. Juli 1932!



Kursus der Arbeiterwohlfahrt für erwerbslose Jugendliche

Wir schüren das heilige Feuer! Es lebe der Sozialismus!

Merseburg

Veröffentlichung: (Zeitung Nr. 2022)

Sozialistische Arbeiterjugend wieder

Am Sonntag, den 18. Juni, veranstaltete die Sozialistische Arbeiterjugend des Unterbezirks Merseburg ihre Sommerwanderung auf dem herrlichen Sportplatz in Mücheln. Die Feier ist gleichzeitig ein großer Reizeberwerbungsakt, die im Volksbau Tröppel in Lügendorf stattfinden. Ein Festzug wird sich der Stadionanlage anschließen, der durch die Stadt und dem zum Sportplatz gehen wird. Sprech- und Vortragsgruppen, politische Zentren sowie ein Streikordner der SAJ werden die Veranstaltung versehen.

Erfolgreiche Tätigkeit der Winterhilfe

Die Winterhilfe stellt mit Ende dieses Monats ihre Tätigkeit ein. Diese hatte sich sehr fruchtbar gestaltet. Angeordnet wurden 6.076 Mitteln für die Winterhilfe, darunter 1.100 Familien von Gipselungen mit Kleidungsstücken versehen. Die Winterhilfe hat das Gutsjahr durch Zuschüsse und Geldspenden in außerordentlichem Maße unterstützt. Die freiwilligen Spenden betragen nahezu 30.000 RM.

Eine Wohnungsraumung wurde heute in der Markstraße durchgeführt. Da es sich um einen kommunikativen Funktionär handelt, war zum Schutz des Verdächtigten ein großer Polizeiaufgebot erschienen. Das Ziel der Raummung in voller Ruhe ab, es kam zu keiner Demonstration der Kommunisten.

Einbruch. In der letzten Nacht gegen 24 Uhr drangen Einbrecher durch die Fenster in die Wohnung des Meisters Hans Reil, Tobackstraße 8. Die durchwühlten alle Schränke und Schließfächer. Was gestohlen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Kreis Querfurt

Abstimmung am Gemeindefest

Barnitz. In der letzten Gemeindefestversammlung wurde der Voranfrage für das Rechnungsjahr 1932/33 nochmals aufgestellt, da der Kreisrat laut Voranfrage den ersten Voranfrage nicht genehmigt. Unsere Gemeindefestversammlungen waren somit genehmigt, den Etat um 6000 RM zu senken. Die Einnahme und Ausgabe für das Rechnungsjahr 1932/33 beträgt, nachdem die Senkung der 6000 RM an den einzelnen Markt durchgeführt war, 45.848 RM. Ferner beschloß die Gemeindefestversammlung die Sperrung der Pfeilbergstraße für Kraftfahrzeuge über 5 Tonnen. Dieser Beschluß wurde der Ortspolizeibehörde zur Erstellung der Sperrung überlassen. Der Kreisratvermerk findet am Montag, dem 20. Juni, nachmittags 2 Uhr, statt. Die Vertretung beschloß, den Straßenbahnen der Querfurter und Remsdorfer Straße öffentlich meistbietend gegen bare Rufe zu verkaufen. Dagegen soll die Straße nach Elsterau am 28. Juni an heilige Einwohner vergeben werden. Der Fristrichter möchte gleich darauf aufmerksamen, daß es ohne „Publikum“ keine Straßen gibt. Arbeitslos, Protest, [?]

Taalkreis

Annahmender Statsorgen

Die verpuffte Senation und der abgelehnte Haushaltsplan

Wenn bei früheren Haushaltsberatungen stets ein reges Interesse nicht nur bei den Gemeindefestvertretern, sondern in der ganzen Öffentlichkeit festzustellen war, so merkte man in der letzten Sitzung der Gemeindefestversammlung davon recht wenig. Die Kommunisten als gelassene Feinde über Beratsammlungen und Parteiveranstaltungen hatten auf eine große Senation in Bezug auf die Einstellung aller Zahlungen der Gemeinde einwirkend, die die Volksführerunterstützungen, gestiftet und sind dabei — wie sonst in den letzten Jahren — gründlich heringefallen. Kein Wunder, wenn aller Will wiederum auf die SPD. Abgeordneten abgelehnt wurde.

Kurz nach 18 Uhr eröffnete der Gemeindefestvorsitzende die Vertretung und teilte mit, daß die Aufstufungsbehörde ihn angewiesen habe, einen Beschluß der Gemeindefestversammlung über die letzten Sitzung zu beantragen, was dann auch geschah. Ein weiterer Beschluß der Gemeindefestversammlung wurde vom Gemeindefestvorsitzenden nach § 140 der Landgemeindeordnung selbst beantragt. Die SPD hatte eine Anfrage wegen Auszahlung der Volksführerunterstützungen eingebracht. Der Gemeindefestvorsitzende beantwortete diese dahingehend, daß alle diesbezüglichen, mit nicht missverständlicher Absicht in die absolute friedliebende Bevölkerung hingeworfenen Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Ein Antrag, diese Angelegenheit zur Vertretung zu stellen, wurde mit 6 gegen 6 Stimmen angenommen. Der latente Bekannte Gemeindefestvorsitzender Gorbach von der SPD, ließ nunmehr seine berühmten Märchen von Zahlungsbeeinträchtigungen, Steuererleichterungen von den Armen, bankrotten Gemeinden und Vermögensverlusten gegen die Polizei und die SPD, vom Tappel. Berantworungsstellen Elementen ist eben die Wahrheit immer und jedes Mittel recht, wenn es darauf ankommt, die letzten Reste der Volksherrschaft zu zerstören. Dies auf ein paar unentgeltliche Galerien, die wegen der zu erwartenden Senation auf die Zubereitungen dirigiert waren, ließ alles völlig ungenügend. Gorbach ließ sich vergebens „hinunter“ setzen. Schloß Werschau (Gorbach) stellte die Unmöglichkeit, welche über die am Mittwoch stattgefundenen Bürgermeister- und Gemeindefestvorsitzendenkonferenzen des Saalkreises in Halle verbreitet worden, richtig und wollte das verbreitete Gerücht gewisser Berantworungsstellen, Polizeifunktionäre, welche im Grunde ein gewisses Gefühl der Sozialistischen Funktionäre ihr Augenmerk auf die Befähigung der erforderten Zahlungsstellen richten und ihr ganzes Können und

Kampf im „nationalen“ Lager

Ergötzliche Schulfeld zwischen „Christlich-„Unpolitischen“ und Nationalisten

Der Kampf der Nazis und der „Christlich-„Unpolitischen“ in den Elternratsarbeiten nimmt immer ergötzlichere Formen an. Wir berichten bereits, wie die feindseligen Kräfte in dem Kampf um die Führung der Elternratsarbeiten in den Kreisen liegen und besonders ausgiebig einige Zettel aus dem famosen Zettelkasten des Experimentierens, den jener gegen die Nazis in der bürgerlichen Presse veröffentlichte. Reueberträge antworteten mit der Nazis in „M.“, nicht ohne dabei von dem ihnen sonst so ergebenen Blatt dafür gedankt zu werden. (Wenn das dem Herrn Redakteur nur gut bekommt!) Red. d. S. B.

Mit Schamung schickten die Nazis den Vorschlag der Christlich-„Unpolitischen“ zurück, wonach die Parteiliste sei und ihre eigene Liste nicht. Die Nazis weilen die parteiliste Liste eigentlich eine Zählweise ist. „Es ist doch wohl wenig schmeichelhaft“, schreiben die Nazis unterbrannt, „wenn sich Anhänger der Christlich-„Unpolitischen“ Liste dazu hinstellen lassen, was das vorzuziehen, was sie bei sich selbst betrachten, nämlich eine Parteiliste zu sein.“ Wir haben neulich schon

den Versuch der Nazis gemacht, nicht „nationalsozialistischen“ zu sein, aber auf „nationalsozialistischen“ Boden zu stehen. Es ist ein köstliches Schauspiel, zu sehen, wie „unpolitisch“ sie alle beide sind; wie sie sich in ihrem „unpolitischen“ Wankeln gegenseitig den Rang ablauen wollen, lediglich um ihre Köpfe brennen zu machen. Und sie müssen diese ihre Köpfe wohl richtig einschätzen, daß sie sich zu dem Ziel „unpolitisch“ bzw. „parteilos“ freieren. Die Köpfe dieser Hirsche stellen sich also das entsprechende Amtsausweis aus, wenn sie auf diesen Trübsal hereinfallen.

Für die Schwerverständlichen ist diese Selbst-Kennzeichnung der feindseligen Kräfte doch ganz angedeutet. Die Nazis behaupten mit Recht: Ihr Christlich-„Unpolitischen“ seid nichts anderes als die Parteiliste, und mit ebenjener Recht stellt die Gegenseite die Behauptung auf: Euer famoser Kampfbund, eure Liste für „Deutsche Kultur und Erziehung“ ist ein nationalsozialistisches. Beide reden aber davon, die Politik in der Schmitz auszuhalten. Ein „christlich“ oder „national“ alle beide. Was man da nicht den Satz von Heinrich Heine vorlesen:

Wer von ihnen redet hat, weiß man nicht, Doch scheint es uns zu dünken, Als wenn der Nazi und der Christ, Als wenn sie alle beide stinken.

Die sie sich gegenseitig bekämpfen und wie recht die Nazis mit der Behauptung „Christlich-„Unpolitischen“ haben, bemerkt auch ihre folgende Frage: „Auf dem Dommagnum war eine Einigung schon erzielt! Eine gemeinsame Liste mit Vertretern der beiden Richtungen war festgelegt und bereits unterschrieben. Als Vertreter der Christlich-„Unpolitischen“ war unter anderem auf der gemeinsamen Liste auch ein namenhafter Vertreter aufgeführt. Im Zuge der Einigung der Liste kommt die Nachricht, daß die Einigung wieder perforiert wurde. Auf Betreiben des Herrn Stützpunktinspektors Stamm wurde noch eine andere Liste durch den Stützpunktinspektör Ploeg aufgestellt.“ Das ist also die „Unpolitische“. Eine gewisse fachliche Dissonanz zwischen den sonst gleichen Feinden besteht aber doch. Die Nazis stellen fest:

Das wichtigste Mittel zur Sicherung des deutschen Volkes nach Bildung nationaler Regierungen im Reich und in den Ländern

wird die nationale Erziehung sein. Sie muß den Schülern und das Gefühl der Volksgemeinschaft zu einem Erlebnis werden lassen durch die Gemeinamkeit des Unterrichtes und des Spieles und harter des Mittelsdienstes. (Ma also)

Doch darüber befinden sie auch bei den anderen „Unpolitischen“ gar keine Bedenken. Was sie sich aber nicht getraut haben lassen, das haben die Nazis in folgende Worte gefasst: „Wenn fruchtbar Kritik nicht nur funktionelle Erziehung, sondern auch Konfessionalisierung jüdischer Unterrichtsgegenstände verlangen, so ist das schon jüdisch. Es gibt kein funktionelles Rechnen und Schreiben, keine funktionellen Naturwissenschaften und keinen funktionellen Wissenschaftsunterricht (aber auch keinen nationalsozialistischen) Unterricht, ihr Herren Nazis. Red. d. S. B.), wie ihn Herr Experimentierens Stamm gegenüber den Vertretern unserer Riten forderte. Ein solcher nationalsozialistischer Lehrplan der Kirche darf nicht gebildet werden.“

Wie richtig doch die Meinungen der beiden über sich sind. Die Eltern tun also gut, die Studenten ganz unter sich zu lassen. Sie sind einander wirklich wert.

„Zusätzlich ist aber der Zustand des „M.“ zu dem Naziarbeiter, Vertriebenen, dem, der zwei Seiten modern in einem „M.“ und dem Kampf zwischen den beiden „nationalen“ Gruppen, Stützpunkt und Nazis, findet hier in Merseburg bereits zum Himmel Höhe, das „M.“ verlaubt sich zum Schluß, energisch dazwischen zu den Nazis drohen.

Das die „M.“ es keinesfalls an, daß die NSDAP, befreite, daß die „M.“ für deutsche Kultur und Erziehung 1/2 rechte ist. Was aus begründlichen tatsächlichen Gründen um heute noch roten Weizen auch eine gewisse Vertarmung der Stellung angebracht sein, — ganz klare Zusammenhänge sollte und brauchte man darum doch nicht abzuheilen.

Im Augenblick hat das Blatt diesen Kampf doch für recht unruhig. Denn es fange doch vor allem auf die Nacht in der Staatsregierung an, die wichtigsten Ressorts im Kulturstämmministerium umzusetzen. Richtig, richtig, dann geht das um so leichter mit dem Kräftchen in der Schullehre. An der Arbeiterfront oder liegt es, aus den freundschaftlichen Disputen ihrer Gegner zu lernen.

Was bei den Elternratsarbeiten für die Liste „Schulsozialist“ und im Sommerabend Kreislagungsabstimmung die realisierten Frühjahrssträmer, in einem besten Erwachen zu bringen.

Kreis Angermünde

Unfriedliche Nachbarn

Heidenberg, 17. Juni. Der Kammermeister Scheinert ein besonders reichhaltiger Mann zu sein. Nach einem Scheitern des früheren Geschäftes hat er mit Pontius und Pilatus Gaud und Streit gehabt, bei dem es um Anwendung unangenehmer Mittel nicht geht. Auch mit dem Ortsrichter ist er im Wort auf hart zusammengekommen, weil der Richter ihm die Erbschaftsunterstützung, die er bei einem reichlichen Sandstich und einer anschließenden Kriegenote noch in Anspruch nehmen wollte, verweigert haben soll. Am schlimmsten geht es natürlich den Hausnachbarn, die seine Nervosität nach allen Regeln der Kunst zu spüren bekommen. Schamer verdrückt ist er mit seinem Nachbarn König und dessen Gehörten. Ein ganzes Verbot von demnachstenden nicht gerade unangenehmer Art, und sonstige bürgerliche Schikanen mußte er, seit Jahr und Tag ertragen. Eines Morgens, als König beim Soldaten war und sich von Meister wieder beschimpft und gehöhelt wurde, kam es zur Entladung. König geriet in Wut und bearbeitete Meister, indem er demselben eine leichte Kopfverletzung mit dem Beil beibrachte.

6 Monate hatte er, vom Schöffengericht als Ehlna aufgeführt bekommen. In der Berufungsinstanz hatte er denselben Erfolg, als die Strafe auf 3 Monate herabgesetzt wurde. Der Erfolg erzielte er durch das Auftreten Meisters als Zeuge vor Gericht. Der Vorbehalt vermindert es sogar, die Urteilsbegründung in Gegenwart Meisters zu geben. Er beantragte, daß bei verdorfer Zeuge vorher von demnachstenden nicht gerade unangenehmer Art, und sonstige bürgerliche Schikanen mußte er, seit Jahr und Tag ertragen. Eines Morgens, als König beim Soldaten war und sich von Meister wieder beschimpft und gehöhelt wurde, kam es zur Entladung. König geriet in Wut und bearbeitete Meister, indem er demselben eine leichte Kopfverletzung mit dem Beil beibrachte.

Mansfelder Kreise

Drei Personen bei einem Autounfall verletzt

Wittenberg, den 17. Juni. Donnerstag früh ereignete sich auf der Landstraße Wittenberg — Wittenberg ein schwerer Autounfall. Das Auto des Buchhändlerbesitzer Fritz Schneider (Wittenberg) fuhr infolge Verlegens der Steuerung gegen einen Baum, der durch den wichtigen Knall ausgedrückt wurde. Von den Insassen wurden Buchhändlerbesitzer Schneider, dessen Gattin, Fr. und der Wagenführer Hubel zum Teil schwer verletzt ins Krankenhaus transportiert. Frau Tr. blieb bis heute noch ein Wunder unverletzt. Wie wir auf Anfrage erfahren, besteht bei keinem der Verletzten Lebensgefahr.

Dußer der Arbeit

Vom eigenen Gefährte überfahren und getötet wurde am Montagmorgen das Mitglied der Gefährtenführer Schaller von Herr. Schaller, der als Bergarbeiter gearbeitet war, zu seiner Familienrente noch mitzubekommen, fand bei der Firma Schaller in Arbeit. Er fiel aus bisher noch ungeklärten Gründen aus der Schaffelei und direkt vor die Füße des schwer bedenklichen Schaller, der ihm über Kopf und Hals ging und seinen Tod herbeiführte. Der jetzt verletzten Frau Schaller konnte nur noch den eingetragenen Lohn schenken.

Der Sozialismus beginnt in der Familie

Deshalb Parteigenossen, müssen auch Euro Kinder sozialistisch erziehen und geschult werden. Schickt sie zur SAJ. Dort werden sie Sozialisten.

Sunlicht Gutscheine weitersammeln!

Die Sunlicht Gutscheine behalten auch nach der gesetzlichen Regelung des Zugabewesens ihren vollen Wert. Also fleißig weitersammeln! Sunlicht Gutscheine er-

halten Sie bei jedem Einkauf von Sunlicht Seife, Lux Seifenfloeken, Suma, Vim und Atlantis Toiletteseife. Die Gutscheine sind auf den Packungen aufgedruckt!

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

EINKAUFSGUTSCHEIN
24 Gutscheine
Wert RM 1.20 bis RM 1.40
MANKUR
NICKSABE
2 Gutscheine
Wert RM 1.20 bis RM 1.40



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN

